



GKKE

Gemeinsame Konferenz
Kirche und Entwicklung

Joint Conference Church
and Development

Bundespressekonferenz 18. Dezember 2024

GKKE-Rüstungsexportbericht 2024

Statement von Dr. Max Mutschler

Vorsitzender der GKKE Fachgruppe Rüstungsexporte

Bonn International Centre for Conflict Studies (bicc)

Es gilt das gesprochene Wort.

Sehr geehrte Damen und Herren,

auch der diesjährige GKKE-Rüstungsexportbericht blickt auf die aktuellen Zahlen zu den deutschen Rüstungsexporten. Bevor wir aber dazu kommen, ein paar Worte zur Intransparenz in der Berichterstattung der Bundesregierung.

Die Ampel hatte sich im Koalitionsvertrag zu einer transparenten Berichterstattung verpflichtet. Diesem Versprechen ist sie nicht nachgekommen. Die bislang von ihr vorgelegten Rüstungsexportberichte (für die Jahre 2021 und 2022) weisen die gleichen Transparenzdefizite auf, welche die GKKE seit Jahren bemängelt. Aber die Ampel ist nicht einfach nur stehen geblieben – von Fortschritt kann keine Rede sein –, sondern sie hat sogar im Vergleich zur Großen Koalition einen großen Rückschritt im Hinblick auf die Berichterstattung gemacht.

Die GroKo hatte ihren jährlichen Rüstungsexportbericht immerhin noch vor der parlamentarischen Sommerpause des Folgejahres vorgelegt. Dahinter ist die Ampel in allen drei Jahren ihrer Regierungszeit klar zurückgefallen. Der Rüstungsexportbericht für 2022 wurde erst im Dezember 2023 veröffentlicht; und der Rüstungsexportbericht für das Jahr 2023 liegt immer noch nicht vor.

Die GKKE fordert die Bundesregierung mit Nachdruck dazu auf, den Rüstungsexportbericht für 2023 so schnell wie möglich vorzulegen. Von der kommenden Bundesregierung erwartet die GKKE, dass sie den Rüstungsexportbericht für 2024 vor der parlamentarischen Sommerpause 2025 vorlegt.

In Ermangelung einer besseren Datengrundlage stützt sich die folgende Bewertung überwiegend auf Antworten der Bundesregierung auf Anfragen aus dem Parlament und die quartalsweise herausgegebenen Pressemitteilungen des BMWK zu den Gesamtwerten für Rüstungsexporte.

Im Hinblick auf die Gesamtentwicklung der Genehmigungswerte für deutsche Rüstungsexporte gewinnt die GKKE den Eindruck, dass die Bundesregierung von ihrem erklärten Ziel einer restriktiven Rüstungsexportpolitik abgerückt ist. Es sind nicht die Werte für 2023, die darauf hinweisen. Zwar stellt der Wert aller 2023 erteilten Einzelausfuhrgenehmigungen für Rüstungsexporte mit über zwölf Milliarden Euro einen neuen Rekord dar. Allerdings ist dieser sehr hohe Wert stark auf die Rüstungsexporte an NATO- und EU-Partner und an die Ukraine zurückzuführen, welche die GKKE angesichts der Verteidigung der Ukraine gegen den völkerrechtswidrigen Angriff Russlands für legitim erachtet.

Die Genehmigungswerte für die ersten drei Quartale 2024 hingegen sind besorgniserregend. Auch wenn hier ebenfalls die Ukraine mit etwas über sieben Milliarden Euro Hauptempfängerland ist, so ist doch festzuhalten, dass sich mit Singapur, Algerien, Indien, den Vereinigten Arabischen Emiraten, Saudi-Arabien und Katar – anders als in den beiden Vorjahren – viele Drittstaaten unter den Hauptempfängern befinden. Die GKKE kritisiert diese hohen Genehmigungswerte für Drittstaaten, teilweise im dreistelligen Millionenbereich, scharf.

Dies gilt umso mehr, da sich darunter hoch problematische Empfängerländer wie Saudi-Arabien, die Vereinigten Arabischen Emirate und Katar befinden. Auch die Genehmigung von Rüstungsexporten im dreistelligen Millionenbereich an die Türkei, die im Oktober 2024 bekannt wurde, sieht die GKKE kritisch. Die GKKE kann angesichts der bislang bekannten Genehmigungswerte für das Jahr 2024 keine restriktive Rüstungsexportpolitik mehr erkennen und fordert sowohl die aktuelle als auch die kommende Bundesregierung mit Nachdruck dazu auf, diesen Kurs wieder zu ändern.
